

Hessen

Zu wenige Angebote für Kinder

Lange Wartezeiten auf Plätze für Psychotherapie

wies. FRANKFURT. In Hessen gibt es zu wenige psychotherapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche. Das ist das Ergebnis einer Studie der Landeskammer der Psychotherapeuten. 499 Mitglieder der Kammer waren zur psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen befragt worden. Dabei zeigte sich, daß viele Therapeuten überlastet sind, einige müssen mehr als zwei Drittel der Anfragen abweisen. Bei neuen Patienten gibt es lange Wartezeiten. Schulkinder warten im Schnitt sechs Monate auf einen Therapieplatz, im Odenwaldkreis sogar mehr als ein Jahr.

Wie die Kammer mitteilte, ist das Therapieangebot stark auf Frankfurt konzentriert. 16,7 Prozent aller niedergelassenen Psychotherapeuten mit Kassenzulassung haben ihre Praxis in der Mainmetropole. Viele ländliche Gegenden sind hingegen unterversorgt. In den meisten kleineren Landkreisen gibt es nur einen oder zwei zugelassene Therapeuten je Kommune. Marion Schwarz, Kinder und Jugendtherapeutin in Bad Schwalbach, hält das für eine bedenkliche Situation. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe Kinder und Jugendliche in der Kammer der hessischen Psychotherapeuten und Autorin der Studie.

Der Bedarf an Therapie sei da. Bundesweite Untersuchungen stuften im geringsten Fall fünf bis sieben Prozent der Kinder und Jugendlichen als behandlungsbedürftig ein. Deshalb sei vor allem präventive Therapie notwendig, um spätere psychische Schäden der Patienten zu verhindern und zusätzliche Kosten zu vermeiden. Schwarz sieht noch weitere Probleme: Mehr als 80 Prozent der Therapeuten verfügten nicht über ausreichende Fremdsprachenkenntnisse, um auch ausländische Kinder betreuen zu können. Mit den Kindern könne man problemlos sprechen, aber mit vielen Eltern gebe es Verständigungsprobleme, sagt Schwarz. Außerdem sei die Berufsgruppe der Psychotherapeuten für Kinder und Jugendliche "überaltert".

Etwa 70 Prozent würden in den nächsten zehn bis 15 Jahren in den Ruhestand treten. Da es aber nur wenige, zum Teil nicht bezahlte Praktikumsplätze gebe - die Berufsausbildung sieht ein Jahr Praktikum vor -, sei der "Nachwuchs" nicht gesichert. "Wenn man ein langes Studium hinter sich hat, überlegt man zweimal, sich das anzutun", sagt Schwarz.

Die Forderungen der Kammer nach Strukturreformen stießen beim Hessischen Sozialministerium, wie bei Vertretern der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Landeswohlfahrverbandes auf Diskussionsbereitschaft. Nach internen Prüfungen der Bedingungen sollen konkrete Gespräche folgen.

"Die Probleme sollten nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus gesellschaftlicher Sicht betrachtet werden", sagte Jürgen Hardt, Präsident der Kammer der Psychotherapeuten. Schließlich sei man den Kindern gegenüber verpflichtet.

Allgemeine Zeitung, Mainz Idsteiner Zeitung vom 25.08.2006

Lokales Wiesbaden

Wortgleich: Aar-Bote, Wiesbadener Tageblatt

Unterversorgung bei Jugend-Psychotherapie - Verband fordert dringend Gegensteuern

Von

Angelika Eder

In der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie besteht in weiten Teilen Hessens, besonders im ländlichen Raum, eine erhebliche Unterversorgung an Betreuern. Und diese werde sich ohne entsprechende Gesetzesänderungen noch verschlechtern.

Darauf wies jetzt die Landeskammer für Psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten hin und präsentierte als Beleg die Ergebnisse einer Befragung. An der Studie hatten sich von 2773 angeschriebenen Mitgliedern 499 Psychologische sowie Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten beteiligt.

Der Kinder- und Jugend-Psychotherapeut (KJP) ist eine seit 1999 gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung, die eine staatliche Zulassung zur Ausübung der Heilkunde voraussetzt. Die Approbation des Psychologischen Psychotherapeuten (PP) umfasst zusätzlich die Erlaubnis, Erwachsene zu behandeln. In Hessen gibt es 267 niedergelassene KJP und 164 PP mit einer Abrechnungsgenehmigung für KJP. Wieviele insgesamt einschließlich der Angestellten in Institutionen psychotherapeutisch auf diesem Fachgebiet in Hessen tätig sind, vermochte die Kammer nicht zu beziffern.

Die Auswertung der Fragebögen ergab folgenden Sachverhalt. Die KJP sind zu fast 50 Prozent zwischen 46 und 55 Jahre alt; rund ein Sechstel von ihnen ist älter als 56, so dass sich angesichts der "Überalterung" die Frage nach der Versorgung der Kinder und Jugendlichen in rund 15 Jahren stelle, so die Kammer. Die Ausbildung der KJP wiederum werde dadurch erschwert, dass deren Approbation ein psychiatrisches Jahr als Praktikum verlange: Dafür stünden aber zu wenige Plätze bereit und außerdem werde ein solches Praktikum oftmals nicht bezahlt, was für die etwa 30-jährigen Anwärter nach einem abgeschlossenen Studium unzumutbar sei.

Hinzu komme, dass die Psychologischen Psychotherapeuten meistens nur Jugendliche im Alter von etwa 18 Jahren versorgten. Folglich ergebe sich ein großer Fehlbedarf an Behandlungsmöglichkeiten vor allem bei Klein-, Vorschul- und Schulkindern. Dieser Notstand erfordere künftig die bislang gesetzlich nicht vorgesehene, separate Ausweisung des Behandlungsbedarfs, also der Bedarfsermittlung und -planung für den Bereich der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie.

Dazu forderte die Kammer - die sich der begrenzten finanziellen Mittel im Gesundheitsbereich durchaus bewusst ist - eine "Mittelumschichtung", und dafür wiederum die Unterstützung der Kassenärztlichen Vereinigung und der gesundheitspolitischen Gremien. Die Zeit dränge, denn Studien zufolge sind bis zu einem Fünftel aller Kinder und Jugendlichen psychotherapeutisch behandlungsbedürftig. Ihnen müsse geholfen werde, um individuelles Leid zu mildern, das Gesundheitsverhalten zu verbessern und spätere Krankheitsrisiken zu verringern. Versäumnisse in der Förderung der Betroffenen hätten meist verheerende Folgen, deren Behandlung später noch größerer Anstrengung bedürften.

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main